



Baden-Württemberg.de

📅 19.05.2017

GESUNDHEIT

Fortbestand der Krebsberatungsstellen im Land für 2017 gesichert



Das Land, Gesundheitsakteure und Wirtschaftsverbände haben eine Vereinbarung zum Fortbestand der Krebsberatungsstellen für 2017 unterzeichnet. Erforderlich ist eine Übergangsförderung, weil der Bund die Finanzierung der Krebsberatungsstellen anders als angekündigt noch nicht als Regelleistung festgeschrieben hat.

Dank gemeinsamer Anstrengungen des Ministeriums für Soziales und Integration, der gesetzlichen Krankenversicherungen, der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg, des Krebsverbandes Baden-Württemberg sowie der baden-württembergischen Wirtschaft ist es gelungen, den Fortbestand der Krebsberatungsstellen für 2017 übergangsweise sicherzustellen. Eine entsprechende Vereinbarung sei in den letzten Tagen unterzeichnet worden, teilte Minister Manne Lucha mit.

Demnach stellt das Land in diesem Jahr 450.000 Euro bereit, um den Fortbestand der vom Land in den Jahren 2015 und 2016 geförderten acht Beratungsstellen weiterhin zu gewährleisten. Die Gesetzliche Krankenversicherung (mit 400.000 Euro), die AOK Baden-Württemberg (mit zusätzlich 50.000 Euro), die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg (mit 250.000 Euro) sowie der Arbeitgeberdachverband im Land, die Arbeitgeber Baden-Württemberg, die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie Südwestmetall und der Unternehmensverband Südwest sowie die Andreas Stihl AG & Co. KG (mit zusammen 50.000 Euro) beteiligten sich an den Kosten.

Erforderlich ist eine Übergangsfinanzierung, weil der Bund die Finanzierung der Krebsberatungsstellen anders als angekündigt noch nicht als Regelleistung festgeschrieben hat.

Bund muss für langfristige Lösung sorgen

Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha bedankte sich bei allen Beteiligten, die Mittel für die Übergangslösung bereitgestellt haben. „Das ist eine wichtige, gute Nachricht für alle Patientinnen und Patienten, auf die wir stolz sein können. Krebs hat nicht nur körperliche Auswirkungen, sondern ist für die Betroffenen und deren Angehörigen auch eine große psychische Belastung. Deshalb ist die Arbeit der Krebsberatungsstellen, die wertvolle psychosoziale Betreuung leisten, so wichtig für Krebspatientinnen und -patienten und deren Familien“, sagte Lucha.

Die dauerhafte Finanzierung sei jedoch Aufgabe des Bundes. Bundesgesundheitsminister Gröhe sei nun aufgefordert, für eine langfristige Lösung der Krebsberatungsstellen zu sorgen. „Die hervorragende Arbeit der Krebsberatungsstellen im Land darf im Interesse der Patientinnen und Patienten nicht gefährdet werden“, so Lucha.

Weitere Stimmen

Dr. Christopher Hermann, Vorstandsvorsitzender der **AOK Baden-Württemberg**: „Der Unterstützungsbedarf von Patienten und Angehörigen bei der Bewältigung ihrer Krankheit ist sehr groß und für die Betroffenen von enormer Bedeutung. Deshalb erwarten wir im Interesse aller Patientinnen und Patienten, dass die Krebsberatungsstellen durch die Politik baldmöglichst als Regelleistung definiert werden. Bis das der Fall ist, leisten wir in Baden-Württemberg gern unseren Beitrag, den Fortbestand der Krebsberatungsstellen im Land im Schulterschluss der Partner finanziell zu sichern. Zudem begleitet die AOK Baden-Württemberg ihre weiblichen Versicherten bei der Krebsberatung zusätzlich mit dem Programm ‚AOK-Curaplan Brustkrebs‘, in dem – neben einer engen fachärztlichen Begleitung – 30 psychoonkologisch ausgebildete Beraterinnen den Brustkrebs-Patientinnen intensiv auf ihrem schwierigen Weg zur Seite stehen – allein im letzten Jahr in 450 Fällen.“

Hubert Seiter, ehrenamtlicher Geschäftsführer des **Krebsverbandes Baden Württemberg**, lobte die beispielgebende Finanzierungsvereinbarung der im Landesprojekt geförderten Beratungsstellen. Damit werde ein deutliches Signal gesetzt, dass es sich bei der psychosozialen Beratung krebserkrankter Menschen um eine Gemeinschaftsaufgabe aller relevanten gesellschaftlichen Institutionen handelt. Insbesondere die privaten Krankenversicherungen würden sich dieser Verantwortung auf Dauer nicht entziehen können. „Es ist schade, dass sich die privaten

Krankenversicherungen bislang noch nicht entschließen konnten, dieses wertvolle Beratungsangebot angemessen mitzufinanzieren“, so Seiter.

Peer-Michael Dick, Hauptgeschäftsführer der **Arbeitgeber Baden-Württemberg, von Südwestmetall und des Unternehmensverbands Südwest**: „Die Arbeitgeberverbände sehen die große Bedeutung der Krebsberatungsstellen, die die Lücke der psychosozialen Beratung neben der medizinischen Betreuung schließen. Viele Menschen mit oder nach Krebs benötigen solche Unterstützung nicht zuletzt dann, wenn sie in einen normalen Alltag, zu dem oft die berufliche Tätigkeit gehört, zurückkehren wollen. Auch deshalb beteiligen wir uns an den Kosten der Übergangsförderung und hoffen, dass bald ein tragfähiges langfristiges Finanzierungskonzept gefunden wird.“

Dr. Michael Prochaska, Vorstand Personal und Recht bei **STIHL**: „Gerne beteiligt sich STIHL an der Übergangsförderung der Krebsberatungsstellen. Neben der medizinischen Behandlung ist eine psychosoziale Beratung für Erkrankte eine wichtige Ergänzung, die die Genesung und auch eine Wiederherstellung der Arbeitskraft unterstützt.“

Weitere Informationen

Statistischen Erhebungen zufolge sterben jährlich in Deutschland etwa 224.000 Menschen an Krebs, der damit eine der häufigsten Todesursachen ist. In Baden-Württemberg ist die Sterberate bei Krebserkrankungen laut dem 2016 erstmals veröffentlichten „Bericht zum Krebsgeschehen“ im bundesweiten Vergleich am niedrigsten.

Das Ministerium für Soziales und Integration hatte in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt 1,2 Millionen Euro als Anschubfinanzierung zur Verfügung gestellt, damit die Zahl der Krebsberatungsstellen im Land ausgebaut und eine flächendeckende Versorgung der Betroffenen in Baden-Württemberg gewährleistet werden kann. Durch die Mittel konnte die Zahl der ambulanten psychosozialen Krebsberatungsstellen im Land auf insgesamt dreizehn erhöht werden. Vier davon werden aktuell noch von der Deutschen Krebshilfe gefördert, eine finanziert sich anderweitig.

Krebsberatungsstellen gibt es in Baden-Württemberg in Freiburg, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Böblingen, Mutlangen, Pforzheim, Ravensburg, Schwäbisch Hall, Sigmaringen, Stuttgart, Tübingen und Ulm.

[Krebsverband Baden-Württemberg e. V. – Informationen über die Krebsberatungsstellen](#)

#Gesundheit

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/fortbestand-der-krebsberatungsstellen-im-land-fuer-2017-gesichert>